TOP 6.9 Prüfbericht zur Jahresrechnung 2003 und Stellungnahme des OB zum Prüfbericht

BM, Herr Czogalla

Gestatten Sie mir zwei Vorbermerkungen. Stadtrat Westphal hat in der letzten Finanzausschusssitzung angedeutet, dass die Vorlage der Drucksache nicht alle Teile des Prüfberichtes enthält. Leider hat er uns nicht näher präzisiert, was fehlen sollte. Wir haben deshalb nochmals den Prüfbericht geprüft und haben festgestellt, dass alle Prüffeststellungen, so, wie sie enthalten sind, tatsächlich wiedergegeben sind. Es gibt keinen Grund zur Kritik. Es geht allerdings die Einleitung, nämlich der Hinweis auf die Rechtsgrundlagen und der Auftrag. Wir bitten um nachsicht. Wir werden diese drei Blätter, die aber nicht prüfungsrelevant sind, mit der Niederschrift nachliefern.

Einige Stadträte hatten mich angesprochen, nochmals auf einen kritischen Punkt, der hier festgestellt worden ist in der Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes, nämlich die Freigabe der VE. Sowohl der Oberbürgermeister als auch ich hatten mehrfach darauf hingewiesen, dass der Stadtrat über die Risiken über die Fragebe der VE im Jahre 2003 informiert worden ist. Ich wurde nochmals gebeten, weil einige Stadträte sich nicht in der Lage sehen, heute darüber abzustimmen, wenn sie darüber nicht Auskunft geben, mal zu sagen, wann diese Information erfolgt ist. Wir haben im Jahre 2003 den damaligen Stadtrat im Zusammenhang mit dem Erlass des Regierungspräsidiums damals am 3. Juli informiert über den Kompromiss, den die Stadtverwaltung ausgehandelt hat mit dem Regierungspräsidium. Wir hatten damals eine ausgesprochen schwierige Haushaltssituation. Das Regierungspräsidium hatte uns Kredite nicht genehmigt, nur unter der Bedingung sah sich das Regierungspräsidium damals in der Lage, uns überhaupt den haushalt zu genehmigen. Zusätzlich wurden wir beauftragt, 13. Millionen mehr, als in unserem Haushaltskonsolidierungskonzept an Einsparpotentialen ausgewiesen sind, zu erwirtschaften. Darüber hinaus wurde uns noch eine Anlage mitgeliefert, mit verschiedenen Maßnahmen, die wir noch umzusetzen hatten. Dem ganzen sollte der Stadtrat damals beitreten. Wir haben zu diesem Kompromiss gestanden, weil wir gesagt haben, wir haben ein solides Haushaltskonsolidierungskonzept aufgestellt und sind auch in der Lage, die Dinge, die wir dort festgeschrieben haben, umzusetzen. In dem Zusammenhang wurde dann der Stadtrat informiert auch über die Tatsache, dass die Verpflichtungsermächtigungen, die genehmigungspflichtig waren, dass diese uns versagt wurden. Das bedeutete, dass wir für die kommenden Jahre keine Verpflichtung eingehen durften. Das hätte aber zur Folge gehabt, dass die Investitionstätigkeit insgesamt nicht durchführbar gewesen wäre, insbesondere im Hinblick auf die 1200 Jahre. Der Rathausumbau, der schon begonnen hatte, wäre nicht mehr umsetzbar gewesen usw. Deshalb haben wir mit dem Regierungspräsidium damals in mündlichen Verhandlungen erreicht, dass uns gesagt wurde, die Investitionstätigkeit soll auf keinen Fall gebremst werden. Das war ein Grundsatz, den das Regierungspräsidium auch durchgehalten hat. Ich muss sagen, der beruhte auch auf einer Information, die vom Land gekommen ist. Wir hatten uns damals an unseren Landesvater gewandt und er hatte uns zugesagt, dass er uns unterstützen wird in dieser sehr komplizierten Haushaltssituation. Damals galt noch die alte Gemeindeordnung, die im Prinzip die Gemeinden verpflichtet hat, innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung den Haushaltsausgleich zu schaffen. Aufgrund unserer Kennziffern, die wir im Haushalt haben, ist das nicht möglich. Wir hatten damals ausgerechnet, den Haushaltsausgleich nach dem Jahre 2010, eine Spanne von wesentlich mehr als 5 Jahren. Genau das hat der Ministerpräsident aufgegriffen, hat gemeinsam mit dem Innenministerium, mit dem Finanzministerium auch beschlossen, dass hier eine Gesetzesänderung vorgenommen werden sollte, die dann auch

erfolgt ist. Es wurde eine neue Orientierung herausgegeben, die Kommunen, die nicht in der Lage sind, den Haushalt auszugleichen, haben innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren den Haushalt auszugleichen. Es ist also ein völlig neuer Grundsatz und eine völlig neue Orientierung. Man wollte damit verhindern, dass die Kommunen und nicht nur die Stadt Magdeburg allein, sondern auch die im Umland liegenden Landkreise, die auch nicht mehr in der Lage waren, ihren Haushalt auszugleichen, dass die einen nicht genehmigten Haushalt haben und damit nicht in der Lage sind zu investieren, was für die wirtschaftliche Situation im Land Sachsen-Anhalt verheerend wäre. Orientierung war also eindeutig. Den Kommunen sollte natürlich in vermindertem Umfang die Möglichkeit trotzdem gewährt werden, zu investieren. Ich will aus dem Wortprotokoll vorlesen, das am 3. 7. 2003 aus der Rede des Oberbürgermeisters herausgezogen wurde, wo deutlich auf diese Risiken hingewiesen wurde. Der Oberbürgermeister hat dann gesagt: „Dann gibt es eine zweite wichtige Größe, die man wissen muss, die Verpflichtungsermächtigungen sind nicht genehmigt, und zwar all die, die zur Kreditaufnahme in den nächsten Jahren führen würden.“ Er hat dann das Beispiel Rathaus genommen und hat erläutert, dass, wenn das Rathaus einen Auftrag für den Rohbau ausgeben müsste und wir würden im Jahr 2003 nur 200.000 Euro benötigen, dann dürften wir in den Folgejahren keine Verpflichtung eingehen. Das wäre die Konsequenz. Darauf hat er hingewiesen und dann hat er weiter ausgeführt: „Dann dürfte ich im Prinzip das nicht, weil ich für das Jahr 2003 keine VE in Anspruch nehmen darf.“ Er hat dann noch mitgeteilt, dass er die Frage an den Regierungspräsidenten gestellt hat, ob denn, wenn wir trotzdem beauftragen würden, das rechtswidrig wäre. Diese Frage hat der Regierungspräsident klar beantwortet mit nein. Das kann ich auch begründen. In seinem Anschreiben an die Stadt Magdeburg hat der Regierungspräsident sich ähnlich geäußert, dass er in keiner Weise denkt, unsere Investitionen zu bremsen. Er hat nur weiter ausgeführt, wir, also die Stadt, haben dann nur ein Risiko, wenn wir unsere Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen nicht umsetzen, müssen wir damit rechnen, dass die Kreditgenehmigung im kommenden Jahr, also 2004, uns versagt wird. Das heißt, dieses Risiko, dass uns die Kredite versagt werden, hing unmittelbar zusammen mit der Umsetzung unserer Haushaltskonsolidierung. Da hat der Oberbürgermeister ausgeführt, dass diese Haushaltskonsolidierungsliste von uns natürlich kein Papier ist, das nur beschrieben worden ist, sondern wir davon ausgehen, dass jede Maßnahme auch tatsächlich umgesetzt wird und deshalb die Wahrscheinlichkeit besteht, dass auch die Maßnahmen finanziert und kreditiert werden können. Er hat, das lese ich wörtlich vor, „Und von daher trage ich das Risiko und wenn der Stadtrat das mitträgt, dann tragen wir das Risiko gemeinsam. Ansonsten gibt es keine Neubeginne und keine neuen Investitionen. Das ist die Konsequenz aus dem, was in dem Papier drinsteht. Das muss man ganz deutlich sagen. Wir gehen ein höheres Risiko ein. Wenn wir das nicht wollen, können wir auch locker sagen, wir stimmen dem heute nicht zu und dann gibt es auch keine Genehmigung und dann gibt es auch keine neuen Baumaßnahmen, die wir alle sozusagen schon auf die Schiene geschickt hat.“

Es wurde deutlich, wenn der Stadtrat der Genehmigungsverfügung des Regierungspräsidiums beitrifft, dann ist er voll in Kenntnis des Risikos, das mit der Freigabe auch der VE letztendlich zu tragen wäre. Das wollte ich nochmals an den Anfang stellen, denn das war ein Streitpunkt in allen Ausschüssen. Ich weiß, dass darum lange gerungen wurde. Ich glaube, ich habe nochmals deutlich gemacht, wir haben hier nicht rechtswidrig gehandelt, sondern ganz im Interesse auch der Wirtschaft unserer Stadt.